

06.08.2013
Marlies Uken

Strompreise

Der Verteilungskampf hat begonnen

Bislang bezahlen vor allem die privaten Haushalte die Energiewende. Würden die Kosten gerechter verteilt, könnten die Verbraucher Milliarden sparen.

Das Dokument umfasst nur acht Seiten, doch der Inhalt hat es in sich. Der Energieexperte Felix Matthes vom Öko-Institut räumt darin mit der Mär auf, dass die stromintensive Industrie besonders unter der Energiewende leidet. Dass die Unternehmen immer neue Lasten schultern müssen.

Glaubt man Matthes, dann ist das Gegenteil der Fall: Rund 40 Euro bezahlen Unternehmen derzeit im Direkteinkauf an der Börse für eine Megawattstunde Strom. Im großen Stil profitieren sie dabei vom Erfolg der Erneuerbaren Energien. Denn deren Ausbau lässt die Großhandelspreise fallen. *Merit-order-Effekt* nennen das die Fachleute. Matthes schätzt, dass die Megawattstunde ohne die Erneuerbaren rund 25 Prozent mehr kosten würde: Statt 40 wären es 50 Euro. "Energieintensive Industrieunternehmen (...) profitieren von diesen preissenkenden Effekten, werden aber nicht zur Schließung der Deckungslücke des Flankierungssystems nur mit marginalen Beträgen herangezogen", heißt es in der Studie.

Was Matthes da etwas verklausuliert formuliert, kritisieren Verfechter der Energiewende seit Monaten. Es sind vor allem die privaten Haushalte, die die Energiewende finanzieren – nicht aber die Wirtschaft und erst recht nicht die großen Stromverbraucher. Alle Stromkunden finanzieren über die Ökostromumlage den Ausbau der Erneuerbaren. Im Jahr 2013 stieg die Umlage von 3,59 auf 5,28 Cent je Kilowattstunde.

Für den Rekordanstieg gibt es zwei Gründe. Zum einen ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Opfer des eigenen Erfolgs. Weil immer mehr Deutsche Ökostrom produzieren, steigen die Ansprüche auf Vergütung. Allein in diesem Jahr liegt der Finanzierungsbedarf bei rund 20,4 Milliarden Euro. Diese Summe müssen alle Stromkunden aufbringen. Das ist die Idee des EEG.

Regierung weitete Stromrabatte noch aus

Zum anderen hat die Politik die Ausnahmen für die Unternehmen ausgeweitet. Ob Großverbraucher, Bahnunternehmen oder Firmen, die sich international behaupten müssen: Sie alle genießen Sonderregelungen für die EEG-Umlage. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat diese Ausnahmen in der EEG-Novelle 2012 noch einmal erheblich

erweitert, indem sie die Hürden für Firmen senkte, die in den Genuss der Ausnahmen kommen wollen. Begünstigte Firmen müssen jetzt nur noch 0,05 Cent Ökostromumlage zahlen – Privathaushalte dagegen zurzeit 5,3 Cent.

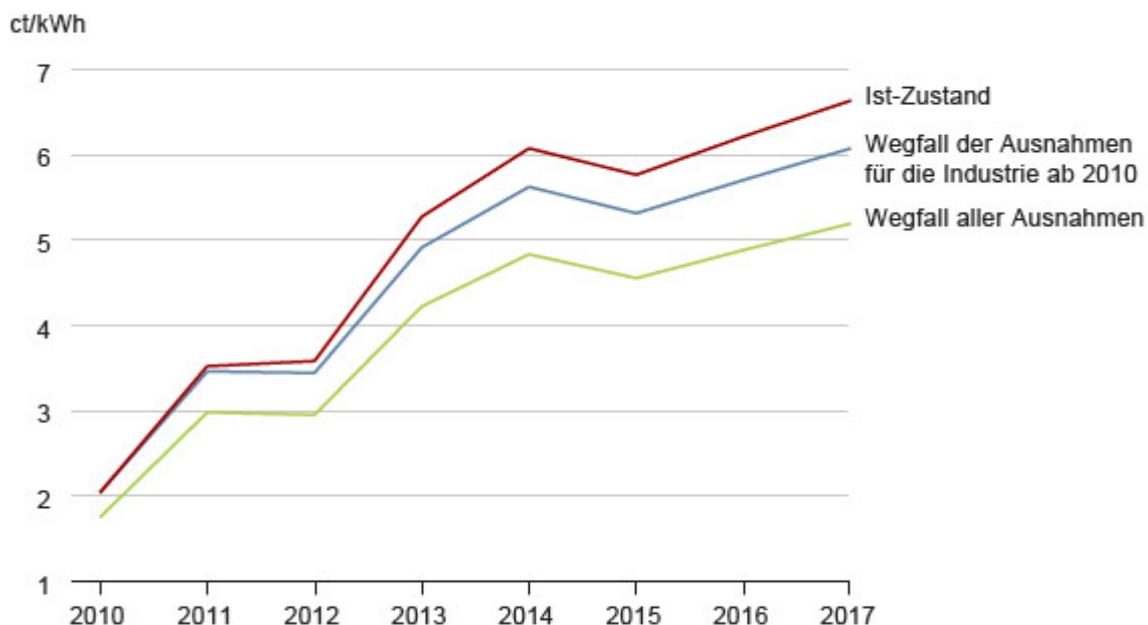
Für ZEIT ONLINE hat das Öko-Institut zwei Szenarien durchgerechnet: Erstens: Wie entwickelt sich die Ökostrom-Umlage, wenn man die zusätzlichen Ausnahmen für die Industrie wieder zurücknimmt. Und zweitens: Wie hoch ist die Ökostromumlage, wenn die Industrie gar keine Ausnahmen mehr genießt – auch wenn das ein unrealistischer Vorschlag sein mag, den selbst Oppositionspolitiker nicht ernsthaft fordern.

Der Verteilungskampf hat begonnen
Seite 2/2:

Enormes Stromsparpotenzial bei Großverbrauchern

© ZEIT ONLINE

Prognostizierte Entwicklung der Ökostromumlage



Quelle: Öko-Institut 2013

© ZEIT ONLINE

Das Ergebnis: Statt voraussichtlich mehr als sechs Cent Ökostromumlage müssten Privathaushalte im kommenden Jahr 5,6 Cent für die Kilowattstunde zahlen. Insgesamt könnten Privathaushalte um rund 1,7 Milliarden Euro entlastet werden. Streicht man außerdem Ausnahmen bei den Netzentgelten, wären es 5,3 Cent/kwh. Unterm Strich müsste die Ökostrom-Umlage also im kommenden Jahr nicht steigen – und Deutschland bliebe vielleicht eine heftige Strompreisdebatte erspart.

Würde man der Industrie sämtliche Ökostrom-Sonderrabatte streichen, würden die Privathaushalte sogar um rund 4,7 Milliarden Euro im kommenden Jahr entlastet. Die Ökostromumlage läge dann bei 4,8 Cent statt bei sechs Cent, wie die hellgrüne Linie in der obigen Grafik zeigt.

In Deutschland hat sich die energieintensive Industrie in einem eigenen Verband organisiert, dem Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK). Dort hält man die Stromrabatte für überlebensnotwendig. "Die bestehenden Regelungen sind kein "Geschenk" an die Unternehmen, sondern eine politisch notwendige Korrektur zum Ausgleich hausgemachter Standortnachteile", sagt ein Sprecher. "Nur so kann der Industriestandort Deutschland erfolgreich weiter bestehen." Ein Aus für die Ausnahmen lehnt der VIK strikt ab. Die ambitionierten Ausbauziele für die erneuerbaren Energien würden "zwingend die Schaffung von Entlastungstatbeständen" bedingen.

Auch Joachim Pfeiffer, wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, warnte erst am vergangenen Donnerstag vor einer Änderung der Stromrabatte. Es sei eine Pflicht dafür zu sorgen, "dass energieintensive Industrien in Deutschland auch weiter eine Heimat haben", sagt er. "Weitere Preiserhöhungen würden fast eine Million Arbeitsplätze gefährden."

Setzt die Industrie Strom tatsächlich effizient ein?

Aber muss das tatsächlich passieren? Oder können Unternehmen nicht doch noch Energie sparen? Zwar argumentieren vor allem Aluminiumhütten und andere stromintensive Industrien, dass Energie so teuer sei, dass man sie sowieso so effizient wie möglich einsetze.

Die Unternehmensberatung Roland Berger kommt jedoch zu einem anderen Schluss. Sie untersuchte in einer Studie vier Stromfresser-Branchen in Deutschland, darunter die Chemie- und die Papierindustrie. Alle vier Branchen verbrauchten allein im Jahr 2010 Strom für 5,8 Milliarden Euro – und zwar zum Teil unnötigerweise, wie Roland Berger schreibt. In der energieintensiven Papierbranche setzt etwa nur jedes zweite Unternehmen auf Effizienztechnologien, auf bessere Elektromotoren oder eine gezieltere Systemsteuerung. Allein die Papierhersteller könnten bis zum Jahr 2050 ihre Stromrechnung fast halbieren, schätzt die Unternehmensberatung. Die Branche müssten dann im Jahr 2050 nicht Stromkosten von 3,5 Milliarden Euro, sondern nur 1,8 Milliarden Euro stemmen.

Dafür müssten die Firmen allerdings kräftig investieren. Würden die vier Branchen etwa 23 Milliarden Euro in die Hand nehmen, könnten sie Effizienzsteigerungen von einhundert Milliarden Euro erzielen. Die Einsparpotenziale übersteigen also langfristig bei Weitem die Investitionskosten. Hier zu investieren könnte sich langfristig mehr rechnen, als neue Ausnahmeregelungen und Sonderrabatte für Großverbraucher zu diskutieren.